

Protokoll

der 29. Sitzung des

**Kuratoriums der
Technischen Universität Berlin**
am 24. Januar 2012

Beginn: 9.30 Uhr
Ende: 13.05 Uhr

Mitglieder des Kuratoriums:

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens

Herr Dr. Nevermann
Frau Prof. Dr. Schwan
Frau Stumpenhusen
Frau Prof. Dr. Süßmuth (Vorsitzende)
Herr Prof. Dr. Kaiser (stellv. Vors.)
Herr Dipl.-Ing. Nassauer
Herr Prof. Dr. Wörner
Herr Prof. Dr. Jähnichen
Frau M.A. Jordan
Herr Marquardt
Frau Meuser

Hochschulvertreter/innen

**Sitzungsteilnehmer/innen mit beratender Stimme
gem. § 1 Abs. 3 GrundO der TU:**

Präsident
Erster Vizepräsident
Dritte Vizepräsidentin
Kanzlerin
Personalrat der Arbeitnehmer/innen und Beamt/inn/en
Personalrat der stud. Beschäftigten
Zentrale Frauenbeauftragte
Schwerbehindertenvertretung
Vertreter des Allg. Studierendenausschusses (AStA)

Herr Prof. Dr. Steinbach
Herr Prof. Dr. Thamsen
Frau Dr. Wendorf
Frau Prof. Dr. Gutheil
Frau Toepfer
Herr Roeder
Frau Dr. Blumtritt
Frau Fiebig
Herr Clauß

Sonstige Teilnehmer/innen

Herr Schlicht (Presse), Frau Zimmer (SenBJW)
Frau Walther v. Loebenstein, Frau Müller, Frau Niemann, Herr Romanski, Frau Schmidtberg,
Frau Wanzek u.a.
Frau Taeger, Frau Renko (Geschäftsstelle)

Tagungsort:

Technische Universität Berlin,
Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin,
Raum H 1035

TAGESORDNUNG

TOP	Seite
1. Genehmigung der Tagesordnung	2
2. Genehmigung des Protokolls der 28. Sitzung am 14. Dezember 2011	2
3. Bericht des Präsidenten	3
4. Neue Aufteilung der für die Universitäten zuständigen Senatsstellen	3
5. Umsetzung des Überleitungsvertrages an der TU Berlin	4
6. Bericht „audit familiengerechte hochschule“	4-5
<u>Gemeinsame Behandlung TOP 7 und 8:</u>	5-6
7. Bericht über die Beteiligungen der TU Berlin an Unternehmen	
8. Übersicht über Kooperationsverträge der TU Berlin mit Forschungseinrichtungen und Unternehmen	
9. Vorstellung des Umweltberichtes	6-7
10. Strategiepapier des Präsidiums zur Strukturentwicklung und zur Internationalisierung	6
11. Verschiedenes	7

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Frau Süßmuth berichtet vom Neujahrsempfang am 20.01.2012 und den hierbei gewonnen positiven Aussichten für Forschung und Lehre an der TU Berlin. Sie wünscht der TU Berlin hierzu viel Erfolg.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Zentrale Frauenbeauftragte erklärt sich mit dem Vorschlag des Präsidenten einverstanden, ihren als Tischvorlage vorliegenden Antrag auf Anwendung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) auf die Unternehmensbeteiligungen der TU Berlin auf die Tagesordnung der nächsten Kuratoriumssitzung am 9. März 2012 zu setzen.

Herr Clauß kündigt Fragen sowie eine Stellungnahme der Studierendenschaft zum Vertrag mit der BASF an. Das Kuratorium kommt überein, diese im Rahmen der Tagesordnungspunkte 7 und 8 zu behandeln.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 29. Sitzung vom 14. Dezember 2011

Das Protokoll der 29. Sitzung vom 14. Dezember 2011 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Bericht des Präsidenten

Der Präsident berichtet, dass sich die Höhe der eingeworbenen Drittmittel im Vergleich zum Vorjahr um 10 Mio. auf 155 Mio. Euro bewirtschaftete Drittmittel erhöht hat. Dies sind mehr als 500.000 Euro je Hochschullehrer. Er bedankt sich bei den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abt. V für den geleisteten Einsatz. Er macht darauf aufmerksam, dass die TU Berlin mit der Bewirtschaftung kapazitär zunehmend an ihre Grenzen stößt. Auch aus diesem Grund werden Drittmittelanträge derzeit vom Präsidium verstärkt im Hinblick auf die Qualität anstelle der Höhe der Drittmittel betrachtet.

Der Präsident besuchte vor ca. 2 Wochen Kairo, wo nunmehr die Bewerbung für die drei angebotenen Studiengänge in El Gouna aufgenommen wird. Das mit 40 Mio. Euro privat finanzierte TU-Projekt wird von allen politischen Gruppen begrüßt und unterstützt. Im von Kairo eine Flugstunde entfernten El Gouna ist von den politischen Unruhen nichts zu spüren, so dass die Arbeiten ungestört fortgesetzt werden können.

Der Präsident informiert das Kuratorium mit einem Kurzfilm über den Campus El Gouna. Für die angebotenen Studiengänge konnten bisher 20 dauerhafte Stipendien für die insgesamt 90 Studienplätze eingeworben werden.

Es schließt sich eine Diskussion über die Einwerbung von Drittmitteln an:

Der Präsident beschreibt, dass die laufenden Hochschulverträge auf Wachstum in Forschung und Lehre und durch das Refinanzierungsmodell auf die Steigerung der Drittmittel ausgerichtet sind. Ein unkontrolliertes Wachstum sei hierbei jedoch nicht möglich. Ein Haupthindernis sei die unzureichende räumliche Situation, weshalb bereits Projekte abgelehnt werden müssen. Ein Schritt zur Verbesserung sei eine Verstärkung der infrastrukturellen Ausstattung. Der Präsident kündigt dieses als ein wichtiges Thema bei den ab 2013 anstehenden Hochschulvertragsverhandlungen an. Bei der Drittmiteleinwerbung muss ein Mittelweg zwischen Profilbildung der Universität sowie der Erhaltung der Freiheit der Fachgebiete gefunden werden.

Das vorgelegte Strukturpapier werde an der Universität erfreulicherweise fraktionsübergreifend offen diskutiert. Es sei Aufgabe der Universitätsleitung, die Reputation der Universität zu erhöhen, wozu nicht nur die Erhöhung der Drittmittel gehöre, sondern auch der Vergleich mit anderen Universitäten im DFG-Ranking sowie die Attraktivität der Universität für herausragende Nachwuchswissenschaftler/innen. Vor dem Hintergrund begrenzter Finanzmittel sei hier auch die Einführung einer intelligenten Berufungsstrategie wichtig.

TOP 4 Neue Aufteilung der für die Universitäten zuständigen Senatsstellen

Die Vorsitzende berichtet von Gesprächen mit den Vorsitzenden der Kuratorien der anderen Berliner Hochschulen, in denen die Tendenz sichtbar wurde, die Neuaufteilung der Senatsstellen zu akzeptieren und den Umgang mit der neuen Situation auf einem im Februar geplanten Treffen zu diskutieren.

Der Präsident erklärt, dass auch er sich für einen pragmatischen Umgang mit der Situation entschieden hat und drückt seine Hoffnung aus, dass die Reibungsverluste mit den Senatsstellen gering gehalten werden können. Herr Nevermann macht deutlich, dass von der neuen Aufteilung nur die außeruniversitäre Forschung betroffen ist.

Das Kuratorium stellt fest, dass die Trennung der beiden Ressorts künftig besondere Anstrengungen auf Seiten des Senates und der Universitäten erfordert, um nicht zu Nachteilen für Forschung und Lehre zu führen.

TOP 5 Umsetzung des Überleitungsvertrages an der TU Berlin

Vorlage KU 1/029

Die Kanzlerin beschreibt die Problematik: In den ausgehandelten Tarifvertrag sind besondere Spezifika für die Hochschulen eingeflossen. Um Benachteiligungen von an der TU Berlin bereits beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen gegenüber Neueingestellten zu vermeiden, hat der an der TU Berlin eingesetzte Arbeitskreis Tarifüberleitung die zeitlich begrenzte Gewährung einer Zulage beschlossen.

Die Kanzlerin beschreibt, dass für die sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen ca. 600 Personen betroffen wären, das Günstigkeitsprinzip nicht zugelassen werden kann.

Die Leiterin der Personalabteilung, Frau Niemann, berichtet, dass die Universitäten Berlins zur Erhaltung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit beschlossen haben, bei Neueinstellungen einschlägige Berufserfahrungen anzurechnen und - anders als im TV-L - die Einstufung bis in die höchste Stufe 5 zuzulassen.

Frau Stumpfenhusen bekräftigt, dass durch den neuen Tarifvertrag kein bereits an der TU Berlin Beschäftigter schlechter gestellt wird als bisher.

Frau Jordan bittet darum, dem Kuratorium nach Durchführung des Monitoring im Mai 2012 nochmals über die Umsetzung des Überleitungsvertrages zu berichten.

Herr Nevermann macht darauf aufmerksam, dass es sich bei dem Zitat des Beschlusses KU 6/028-14.12.2011 im letzten Absatz auf Blatt 3 der Vorlage nicht um die geforderte „Ausdehnung des Günstigkeitsprinzips“, sondern „um eine diskriminierungsfreie Umsetzung des Überleitungstarifvertrages“ für den Angestelltenbereich handelt.

Beschluss KU 1/029-24.01.2012

einstimmig

Das Kuratorium der Technischen Universität nimmt den Bericht zur Umsetzung des Überleitungstarifvertrages an der TU Berlin zur Kenntnis.

TOP 6 Bericht „audit familiengerechte hochschule“

Die Kanzlerin berichtet anhand einer Präsentation, dass sich die TU Berlin mit Unterstützung der gemeinnützigen Hertie-Stiftung dem „audit familiengerechte hochschule“ erstmals 2008 gestellt hat. Im Dezember 2011 wurde sie aufgrund der entwickelten Maßnahmen und Erfolge erneut für 3 Jahre zertifiziert.

Ziel an der TU Berlin ist das ganzheitliche System, zu dem eine Erhöhung des Professorinnen- und des Studentinnenanteils in den technischen Fächern sowie der Ausbau des Aktionsfeldes „Work/Life Balance“ zur familiengerechten Hochschule gehört. Letzteres gewinnt - insbesondere durch den demographischen Wandel - zunehmend an Bedeutung.

Zur Kontrolle der Einhaltung vereinbarter Maßnahmen und als Anlaufstelle wurde das Familienbüro unter Leitung von Frau Wanzek eingerichtet.

Die TU Berlin hat die höchste Stufe bei der Umsetzung der forschungsorientierten Gleichstellungsstandards erreicht, was bspw. bei Anträgen auf Förderung durch die DFG von großer Wichtigkeit ist. Im Oktober 2011 wurde der TU Berlin zum zweiten Mal der „Total Equality Award“ verliehen. Die Kanzlerin spricht den an diesem Erfolg beteiligten Gleichstellungsbeauftragten ihren Dank aus. Die Kanzlerin weist darauf hin, dass der Ruf der Familienfreundlichkeit zunehmend von Bedeutung ist und die Entscheidung für die TU Berlin unterstützen kann.

Frau Blumtritt hebt hervor, dass die getätigten großzügigen Investitionen langfristig an die TU Berlin zurückfließen werden.

Die Kanzlerin beschreibt, dass die Maßnahmen im Bereich Work/Life Balance im Sinne von Diversity diskutiert werden. Vermehrt nehmen auch junge Männer die Angebote in Anspruch. Die TU Berlin werbe mit ihrem Konzept, das bereits jetzt auch bei Berufungen eine Rolle spielt.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Frage der Gesundheit am Arbeitsplatz zunehmend Gewicht gewinnt und wegen ihrer Bedeutung für die Person und den Arbeitsplatz auch zum audit gehört.

Zum besseren Verständnis von Aussagen bittet Frau Jordan um die Vorlage von Daten zum Krankenstand an der TU Berlin.

Ergänzend informiert die Dritte Vizepräsidentin, dass sich das Thema Gesundheitsbewusstsein auch an der TU Berlin entwickelt hat. Der ehemalige Arbeitskreis „Sucht“ hat seine Aufgabenstellung erweitert hat und agiert jetzt als Arbeitskreis „Gesundheitsförderung“. Es fanden bereits einige Gesundheitstage statt. Der nächste Gesundheitstag am 26. September wird sich dem Thema Work/Life Balance widmen.

TOP 7 Bericht über die Beteiligungen der TU Berlin an Unternehmen

Vorlage KU 2/029

TOP 8 Übersicht über Kooperationsverträge der TU Berlin mit Forschungseinrichtungen und Unternehmen

Vorlage KU 3/029

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden gemeinsam behandelt.

Der Präsident erklärt, dass die umfangreichen Aufstellungen der Beteiligungen und Kooperationen dem Kuratorium jährlich vorgelegt werden und bedankt sich bei den Fachabteilungen für die geleistete Arbeit.

Frau Jordan bittet um die Aufnahme des Punktes „Femtec“ in einer der nächsten Sitzungen.

Es schließt sich eine ausführliche Diskussion an:

Der Präsident erklärt, dass diejenigen Mitglieder der TU Berlin, die Funktionen in Beteiligungen wahrnehmen, über ihre Rechte und Pflichten sowie Abhängigkeiten und Freiheiten grundsätzlich informiert werden und vor Aufnahme ihrer Tätigkeit ein Handout erhalten.

Die Aufstellung eines Kriterienkatalogs für den Abschluss von Kooperationsverträgen ist in Arbeit und wird dem Kuratorium nach Fertigstellung vorgelegt werden.

Auf Nachfrage von Frau Jordan verdeutlicht der Präsident anhand verschiedener Beispiele, dass die in den Übersichten der einzelnen Beteiligungen gemachten Aussagen leider nur einen Ausschnitt des tatsächlich getätigten Aufwandes, der den Übersichten vorausgeht, darstellen können.

Zu der Übersicht über die Kooperationen erklärt er, dass nur diejenigen Verträge aufgelistet sind, bei denen eine Einbindung der zentralen Gremien vor Vertragsschluss erfolgte. Der Präsident bekräftigt, dass die TU Berlin in der Forschung die Aufgabe hat, mit großen Unternehmen zu kooperieren. Er äußert seine Befürchtung, dass eine gerichtliche Aufhebung der üblicherweise verabredeten Vertraulichkeitsvereinbarung zwischen Industriepartner und Hochschule über die Vertragsinhalte eine Verschlechterung der Zusammenarbeit herbeiführt. Frau Schwan bemerkt hierzu, dass eine kritische Distanz beim Abschluss von Verträgen notwendig ist.

Die Vorsitzende regt an, anhand von festzulegenden Kriterien einen Mustervertrag für Kooperationen vorzulegen, der eine Absicherung der Wissenschaft und gleichzeitig die Interessen der Wirtschaft berücksichtigt.

Herr Clauß verliest einen offenen Brief des AStA zum Thema Unternehmenskooperationen. Der AStA bemängelt, dass es in diesem Bereich zu wenig Transparenz gibt.

Nach ausführlicher Diskussion beschließt das Kuratorium:

Beschluss KU 2/029-24.01.2012

einstimmig

Das Kuratorium nimmt den vorgelegten Bericht über die Beteiligungen der TU Berlin zur Kenntnis.

Beschluss KU 3/029-24.01.2012

einstimmig

Das Kuratorium nimmt die beigelegte Übersicht über die laufenden und zwischenzeitlich neu abgeschlossenen Kooperationen der Technischen Universität Berlin mit Forschungseinrichtungen und Unternehmen zur Kenntnis.

Die Kriterien für den Abschluss von Kooperationsverträgen im Sinne eines codes of conduct sowie die Kriterien für die Zielüberprüfung der Beteiligungen werden in einer der nächsten Sitzungen behandelt.

TOP 10 Strategiepapier des Präsidiums zur Strukturentwicklung und zur Internationalisierung

Der Präsident berichtet, dass die Diskussion über das vom Präsidium vorgelegte Strategiepapier an der Universität konstruktiv weiterführt wurde und die Teilschritte Campus-Management und Prozessanalysen bereits versuchsweise umgesetzt werden. Ziel ist es, bis Mitte des Jahres klare Richtlinien für Entscheidungen über Zuweisungsanträge festzulegen. Diskutiert wird die Idee, in welcher Form Forschungsförderungsgelder der Universität einer höheren Effizienz zugeführt werden können. Neben der Verteilung der Mittel auf die vorhandenen Forschungsschwerpunkte wird mit einer Förderung völlig neuer Initiativen eine Unterstützung von Risikoforschung vorgeschlagen; hierzu wird eine Arbeitsgruppe des Akademischen Senats eingesetzt, die mit dem Präsidium bis zur April-Sitzung des AS einen Vorschlag erarbeiten soll.

Der Präsident wird das Kuratorium in der 31. Sitzung hierzu informieren, um Vorschläge des Kuratoriums in die Arbeit der AG einfließen zu lassen.

TOP 9 Vorstellung des Umweltberichtes

Die Kanzlerin weist auf die lange Tradition des Umweltberichtes hin und übergibt Herrn Romanski als neuem Mitarbeiter der Abt. Sicherheitstechnische Dienste und Umweltschutz zur Vorstellung des Berichtes das Wort (*s. Anlage*).

Herr Romanski beschreibt, dass Ziel der TU Berlin die Anwendung von Umweltleitlinien in Forschung, Lehre und Betrieb ist. Er erläutert die Berücksichtigung in Forschung und Lehre, die sich kontinuierlich gesteigert hat, und die Erreichung von Zielen in den betrieblichen Aktivitäten. Er stellt fest, dass der Stromverbrauch nicht verringert werden konnte und die Kosten von 3 Mio. auf fast 8 Mio. Euro in den letzten 10 Jahren gestiegen sind. Auch die Heizenergiekosten haben sich durch Erhöhung des Preises trotz Verringerung des Verbrauchs erhöht. Durch Umstieg auf erneuerbare Energien konnte allerdings der Ausstoß an CO₂-Äquivalenten der TU Berlin halbiert werden. Es ist geplant eine Geschäftsstelle einzurichten, die im Rahmen eines Energieprogramms kontinuierlich Verbesserungen der energetischen Situation vorantreiben soll. Er erklärt, dass der Stand von Sicherheit und Gesundheitsschutz zufriedenstellen, gemessen an der Zahl der Arbeitsunfälle sogar sehr gut ist und der Brandschutzstandard ständig erhöht wird.

Die Kanzlerin weist darauf hin, dass an der TU Berlin im Bereich des Umweltschutzes bereits viel erreicht wurde, jedoch die Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden muss.

In Anerkennung der erbrachten Leistung dankt das Kuratorium Herrn Romanski für seinen Bericht.

TOP 11 Verschiedenes

Frau Jordan bittet den Präsidenten bei Gelegenheit um einen Zwischenbericht zum Stand der Überarbeitung der Grundordnung und regt in diesem Zusammenhang eine Vereinheitlichung von Wahlterminen an.

Vorsitzende:

gez.
Prof. Dr. Rita Süßmuth

Protokoll:

gez.
I. Renko